

18. I. 1918

Wien, 18. Jänner.

Zum ersten Male ereignet es sich in der Weltgeschichte, daß Friedensverhandlungen öffentlich geführt werden. Auf Verlangen der russischen Regierung wurde bestimmt, daß jede Phase der Besprechungen in Brest-Litowsk der Allgemeinheit bekanntgegeben werden muß. Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Umständen der Anschein wiederholt erweckt wurde und wohl auch noch erweckt werden wird, als ob sich unübersteigliche Hindernisse der Vollendung des Friedenswerkes zwischen Rußland und dem Vierbund entgegenstellen würden. Es genügt ja zu bedenken, welchen Eindruck beispielsweise die letzten Besprechungen eines die ganze Welt in Aufregung versetzenden Friedensschlusses gemacht hätten, wenn diese Besprechungen immer zur Veröffentlichung gelangt wären. In Portsmouth, in den Vereinigten Staaten war durch Vermittlung Amerikas der Friedensschluß zwischen Japan und Rußland vor kaum mehr als einem Jahrzehnt herbeigeführt worden. Aber es tauchten damals die allergrößten Schwierigkeiten auf, allein die Details der Verhandlungen blieben im großen und ganzen unbekannt. Wäre die Methode, die jetzt in Brest-Litowsk eingeschlagen wurde, auch in Portsmouth gebraucht worden, so hätte gewiß es jeden zweiten Tag geheißt, daß der Friede zwischen Rußland und Japan nicht zustandekommen könne. Wir haben es eben in Brest-Litowsk mit einem vollständigen Novum zu tun und das Auf und Ab der Verhandlungen spüren nicht bloß die Teilnehmer der Konferenzen, sondern auch die Allgemeinheit.

Es muß daher, um allen Mißdeutungen vorzubeugen, festgestellt werden, daß die oberste Richtlinie unserer Kriegsziele, die Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen, unverrückt geblieben ist. Wir führen einen Verteidigungskrieg und wir wollen keine Eroberungen machen. An diesem Grundsatz halten wir heute in Brest-Litowsk fest. Wenn wir aber einerseits entschlossen sind, keine Annexionen zu machen, so kann uns andererseits der Zustand, in dem sich die Länder, die sich nunmehr an unserer Grenze befinden werden, nicht gleichgiltig lassen. Wir hegen absolut nicht die Absicht, die im Osten von unseren Truppen besetzten Gebiete unserem Staat